Der Wert des Widerspruchs für die demokratische Praxis

Der Widerspruch ist für eine differenzierte Gesellschaft konstitutiv, er entsteht zwangsläufig im Zusammentreffen unterschiedlicher Interessen und ermöglicht, indem unterschiedliche Positionen in einem Aushandlungsprozess zusammengeführt werden, erst eine politische Praxis (Mouffe 2017). Nur durch Anerkennung des Widerspruchs in der Gesellschaft kann Demokratie entsprechend wirklich gelebt werden: Für einen Dialog zwischen den gegensätzlichen Positionen, muss die Position des anderen aber als legitim akzeptiert werden. Chantal Mouffe bezeichnet diese Form der Beziehung als Gegnerschaft (Agonismus). Der andere soll dabei nicht vernichtet werden, sondern auf Basis eines gemeinsamen Fundaments von Werten bzw. Vorstellungen wird ein demokratischer Prozess und damit ein Kompromiss zwischen den Parteien möglich.
Der Widerspruch wird allerdings in der liberalen Theorie, die heute den hegemonialen öffentlichen Diskurs in Politik sowie in Wirtschaft bestimmt, negiert. Dabei wird anstatt den Agonismus anzuerkennen, eine antagonistische Beziehung konstituiert, also eine Feindschaft. Für diese ist eine moralische Unterscheidung, etwa in der Gesellschaft zwischen „modern“ (gut) und „traditionell“ (schlecht) oder in der Wissenschaft zwischen „wissenschaftlich“ und „nicht-wissenschaftlich“, charakteristisch. Im Diskurs erfolgt eine Abwertung des Traditionellen bzw. Nicht-Wissenschaftlichen, das nicht als legitime Position erscheint und damit nicht zugelassen wird, während das Moderne oder Wissenschaftliche mit dem Ziel des „Fortschritts“ als Handlungs- bzw. Politikanweisung ausweglos werden. Indem es scheinbar nur eine Art gibt die Gesellschaft zu gestalten, werden aber politische Handlungsmöglichkeiten drastisch eingeschränkt und ein demokratischer Prozess nahezu verunmöglicht. Diese Tendenz des liberalen Systems beschreibt Colin Crouch (2008) mit seiner Diagnose der „Postdemokratie“. Die politische Öffentlichkeit wird demnach lediglich instrumentalisiert, während die politische Steuerung tatsächlich von einer kleinen Elite ausgeht. Dabei erscheint gerade Ökonomisierung als Ursache und Symptom der „postdemokratischen Entdemokratisierung“, da es die ökonomischen Eliten sind, die sich den Gestaltungsspielraum angeeignet haben und so ihre Interessen durchsetzen können.

Ich möchte diese Tilgung des Politischen (Mouffe 2017) entsprechend auf die ökonomische Theorie zurückführen, die nach Foucault (2017) die Regierungsrationalität der neoliberalen Gouvernementalität ist. Nach dem Selbstverständnis des „ökonomischen Mainstreams“ als Naturwissenschaft sollen gesellschaftliche Phänomene positiv gefasst und formal beschrieben werden. Die mathematische Methode erhebt dabei absoluten bzw. objektiven Wahrheitsanspruch und soll die Qualität der Wissenschaft sicherstellen (Brodbeck 2013). Zur Untermauerung ihrer Wissenschaftlichkeit bedienen sich Ökonom*innen entsprechend Analogien zu physikalischen Theorien (etwa Becker 1976, der dies explizit macht, aber auch Smith, Walras oder Hayek). In diesem positivistischen Wissenschaftsverständnis wird eine Trennung zwischen der zu beschreibenden Welt und Theorie aufgemacht, wobei der Forschende als Person oder politischer Akteur und sein Einfluss auf Welt und Theorie systematisch ausgeblendet werden (Barth und Rommel 2017). Diese ist vielleicht in Naturwissenschaften legitim, doch bei Sozialwissenschaften, deren Erkenntnisse wiederum auf und in der Gesellschaft wirken, mehr als fragwürdig. Anstatt sich der Performativität ihrer Theorie bewusst zu werden, bleiben die meisten Ökonom*innen trotzdem einem physikalisch-positivistischen Wissenschaftsbild verhaftet, indem es eine Wahrheit gibt, die durch

Falsifikation zu erreichen ist (Popper 1989). All jene Ansätze, die diesem positivistischen Forschungsprogramm nicht entsprechen, werden als „Nicht-Wissenschaftlich“ abgewertet. Damit wird die Auseinandersetzung zwischen widerstreitenden Ansätzen und ihren Ergebnissen frühzeitig beendet.

Diese Verengung der ökonomischen Theoriebildung hat in einer Gesellschaft, die sich maßgeblich an Wissenschaft orientiert, weitreichende Folgen: Auf Grund der hegemonialen Stellung des ökonomischen Mainstreams sind es auch jene Ökonomen, die vordergründig als Politikberater herangezogen werden und „objektive“, weil mathematisch ermittelte „Wahrheiten“ verkünden, an denen sich die Politik orientieren soll. Diese fragwürdige Tendenz erscheint gepaart mit dem Anspruch des „ökonomischen Imperialismus“ (Lazear 2000) noch einmal gefährlicher: Nicht nur scheint es nur eine legitime Betrachtung und entsprechend auch Gestaltung des ökonomischen Systems zu geben, sondern die ökonomische Theorie soll auch auf andere Bereiche der Gesellschaft ausgeweitet werden. Damit wird die Ökonomisierung der Gesellschaft vorangetrieben. Diese wird legitimiert, indem im öffentlichen Diskurs über gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten ein technologischer Determinismus, also die Sicht, dass bestimmte technische Gegebenheiten zwangsläufig eine bestimmte Form von Politik erfordern, und das neo-liberale Credo von „There’s no alternative“ dominieren (Flecker 2018). Dies führt in letzter Konsequenz dazu, dass der politische Handlungsspielraum und damit eine demokratische Praxis verunmöglicht werden.

Um Gesellschaft zu gestalten, müsste sowohl in Politik als auch in der Wissenschaft ein Raum geschaffen werden, indem unterschiedliche Positionen legitim erscheinen und ein offener Dialog möglich ist. Dazu ist zum einen Vertrauen in gemeinsame Werte und zum anderen ein Bewusstsein über die eigene Position und Wirkung im Diskurs notwendig. Gerade letzteres fehlt in einer positivistisch ausgerichteten Ökonomie. Durch die Reflexion der eigenen Axiome könnte aber eine gemeinsame Basis geschaffen werden, die einen Austausch und damit einhergehend neuen Perspektiven und Lösungen für gesellschaftliche Probleme ermöglicht. Dafür muss aber – zumindest in den Sozialwissenschaften – der Anspruch auf eine Wahrheit aufgegeben werden und auch die Gesellschaft darf nicht länger an der einen allgemeingültigen Erklärung der Wissenschaft festhalten. Stattdessen sollte das Primat der wissenschaftlichen Wahrheit aufgebrochen und verschiedene Positionen aus Wissenschaft und Gesellschaft aktiv in politische Prozesse einbezogen werden. Dabei ist es notwendig anzuerkennen, dass sich manche Widersprüche, auch wissenschaftlich, nicht lösen lassen, da aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedliche Einschätzungen vorgenommen werden, die alle einen Anspruch auf Wahrheit erheben und denen dieser auf Grund ihrer axiomatischen Annahmen auch zusteht. Eine plurale (Wirtschafts-)Wissenschaft kann es leisten diese Widersprüche aufzuzeigen und dafür sollte sie auch den Raum bekommen. In Folge ist es die Aufgabe der Politik diese in einem demokratischen Prozess der Gesellschaft zu verhandeln. Aus diesem Grund erscheint mir ein „ontologisch reflexiver Pluralismus“ (Bigo und Negru 2008) in den Wirtschaftswissenschaften unumgänglich.

Literatur:

Barth, Jonathan und Florian Rommel. 2017. Auf dem Weg zu einer Transformativen Wirtschaftswissenschaft.

Bigo, Vinca und Ioana Negru. 2008. From Fragmentation to Ontollogically Reflexive Pluralism.

Becker, Gary. 1957. The Economic Approach.

Brodbeck, Karl-Heinz. 2013. Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie. Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften. Darmstadt: WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft).

Crouch, Colin. 2008. Postdemokratie. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch.

Flecker, Jörg. 2018. TINA und die technologische Revolution. In: Sozialpolitik. Vol. 1/2018.

Foucault, Michel. 2017. Die Geburt der Biopolitik. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch.

Mouffe, Chantal. 2017. Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Berlin: Suhrkamp Taschenbuch.

Popper, Karl. 1989. Logik der Forschung. Tübingen: Mohr.